

„Abwarten, was die Zeit bringt“

GGG Waldlaubersheimer Ortsbürgermeister Müller-Späth hofft auf Sanierungskonzept

Von Laura Schöffel

STROMBERG/WALDLAUBERSHEIM. Volker Müller-Späth, Ortsbürgermeister in Waldlaubersheim, möchte nach vorne schauen und hofft auf die zügige Umsetzung des Sanierungskonzeptes für die von der Insolvenz bedrohten Gesellschaft für Gewerbeansiedlung Stromberg (GGG). „Ich möchte zuerst klarstellen, dass die derzeitige finanzielle Schieflage der GGS mit dem Gewerbepark selbst nichts zu tun hat“, betont Müller-Späth im Gespräch mit der AZ. Der Park habe im Laufe der Zeit über die Umlage viele Millionen an alle Gemeinden der Verbandsgemeinde ausgeschüttet und sei ein Erfolg.

„Erst mal abwarten“

In einem Vertrag aus dem Jahr 1993 gibt es einen Paragraphen, der die Gemeinde Waldlaubersheim in die Pflicht nimmt, sollte am Ende des Projektes Gewerbepark ein Defizit unter dem Strich stehen (AZ berichtete). „Natürlich machen wir uns auch Sorgen, aber jetzt muss man erst mal abwarten, was die Zeit bringt“, sagt Müller-Späth, der seit Ende vergangenen Jahres Mitglied des Aufsichtsrates der GGS ist. Dieser Passus greife nämlich erst, wenn das letzte Grundstück verkauft sei. Dabei gebe es mehr als eine Rechtsauffassung zum besagten Paragraphen, erklärt Müller-Späth, ohne mehr ins Detail gehen zu wollen.

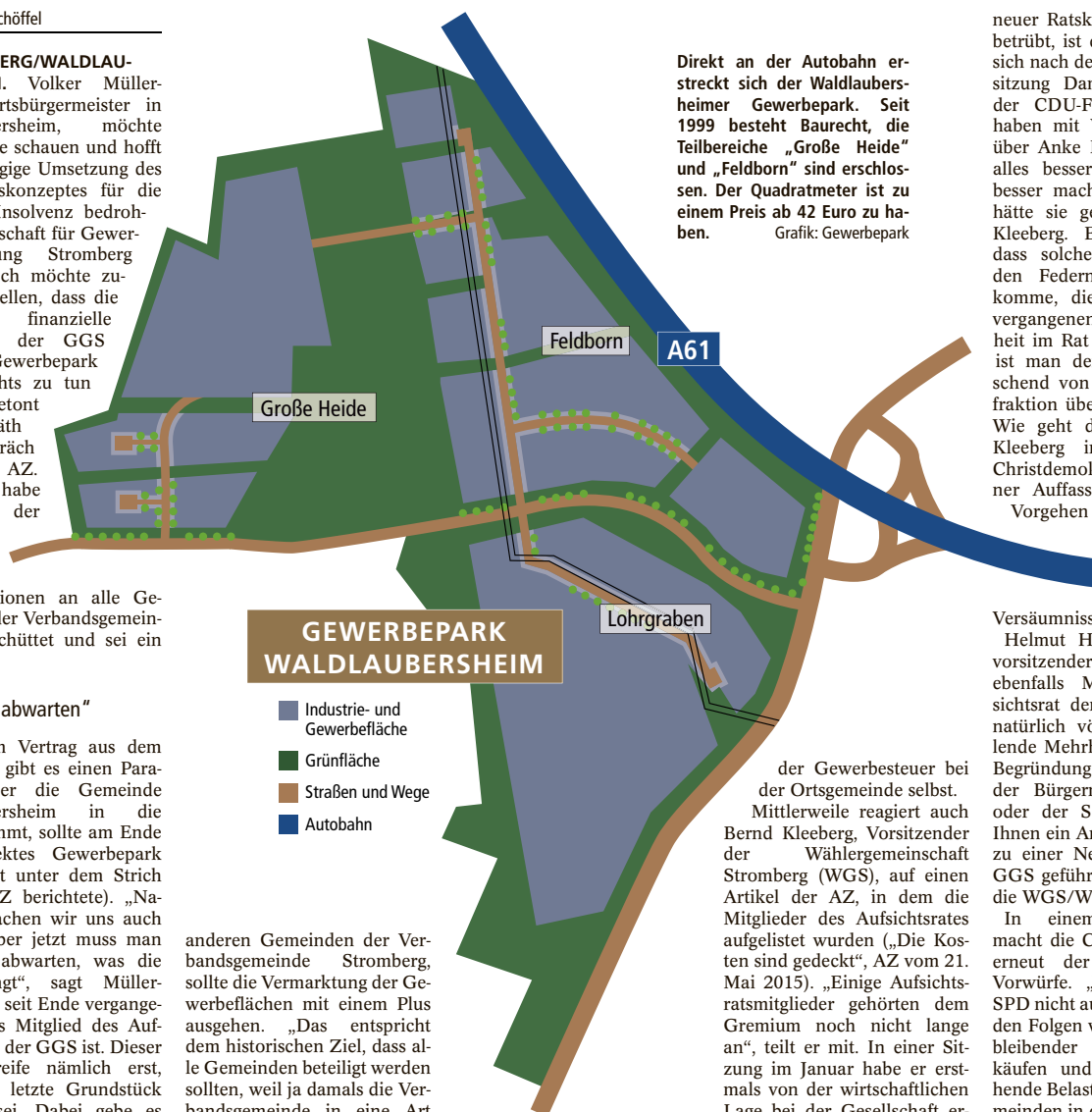
Wie Müller-Späth erklärt, steht dem gegenüber eine Art Gewinnausschüttung an die

anderen Gemeinden der Verbandsgemeinde Stromberg, sollte die Vermarktung der Gewerbeflächen mit einem Plus ausgehen. „Das entspricht dem historischen Ziel, dass alle Gemeinden beteiligt werden sollten, weil ja damals die Verbandsgemeinde in eine Art Vorfinanzierung getreten ist“, betont der Ortsbürgermeister weiter.

Die anderen Gemeinden seien ja schon in den vergangenen Jahren gut beteiligt worden, erinnert der Bürgermeister. Von der Gewerbesteuer,

die bis dato 4,7 Millionen Euro in die Kasse gespült hat, verblieben nach Abgabe von Kreis- und VG-Umlage sowie Steuern und anderer Gebühren lediglich rund elf Prozent

Direkt an der Autobahn erstreckt sich der Waldlaubersheimer Gewerbepark. Seit 1999 besteht Baurecht, die Teilbereiche „Große Heide“ und „Feldborn“ sind erschlossen. Der Quadratmeter ist zu einem Preis ab 42 Euro zu haben. Grafik: Gewerbepark



neuer Ratskollege noch mehr betrübt, ist die Tatsache, dass sich nach der letzten VG-Ratsitzung Damen und Herren der CDU-Fraktion gemeldet haben mit Vorwürfen gegenüber Anke Denker: Sie hätte alles besser wissen müssen, besser machen müssen, man hätte sie gewarnt“, kritisiert Kleeberg. Er wundert sich, dass solche Meldungen aus den Federn jener Fraktion komme, die in den ganzen vergangenen Jahren die Mehrheit im Rat gehabt habe. „Ja, ist man denn völlig überraschend von der Minderheitsfraktion überstimmt worden? Wie geht das denn?“, fragt Kleeberg in Richtung der Christdemokraten. Nach seiner Auffassung dient dieses Vorgehen der CDU ausschließlich dazu, ganz schnell von den eigenen Versäumnissen abzulenken.

Helmut Höning, Fraktionsvorsitzender der CDU und ebenfalls Mitglied im Aufsichtsrat der GGS, sieht das natürlich völlig anders. Fehlende Mehrheiten seien keine Begründung für das Handeln der Bürgermeisterin Denker oder der SPD-Fraktion. „Ist Ihnen ein Antrag bekannt, der zu einer Neuordnung in der GGS geführt hätte?“, fragt er die WGS/WGP.

der Gewerbesteuer bei der Ortsgemeinde selbst. Mittlerweile reagiert auch Bernd Kleeberg, Vorsitzender der Wählergemeinschaft Stromberg (WGS), auf einen Artikel der AZ, in dem die Mitglieder des Aufsichtsrates aufgelistet wurden („Die Kosten sind gedeckt“, AZ vom 21. Mai 2015). „Einige Aufsichtsratsmitglieder gehörten dem Gremium noch nicht lange an“, teilt er mit. In einer Sitzung im Januar habe er erstmals von der wirtschaftlichen Lage bei der Gesellschaft erfahren, so Kleeberg. Eine Auflistung zeigt, dass neben Müller-Späth Kleeberg selbst sowie Nicole Reißert (SPD) erst ab November des vergangenen Jahres im Aufsichtsrat saßen. „Was mich persönlich als

In einem Fragenkatalog macht die CDU-Fraktion nun erneut der Bürgermeisterin Vorwürfe. „Warum geht die SPD nicht auf die zu erwartenden Folgen von weiterhin ausbleibender Grundstücksverkäufen und damit einhergehende Belastungen für alle Gemeinden in der VG ein“, heißt es da etwa. Auch die Tatsache, dass Denker über den Haushalt hat abstimmen lassen, obwohl sie zu dem Zeitpunkt bereits wusste, dass dieser aufgrund der GGS-Entwicklung geändert werden müsse, kritisiert die CDU erneut.